Donnerstag, den 5. Juni 1924.

Lodzer Volkszeitung

Einzelnummer: 20 Groschen.

Nr. 27. | Erscheint 2mal wöchentlich: Mittwochs und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 5 Groschen, im Text 10 Groschen. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6 Uhr nachmitt. | Der Abonnementspreis für den Monat Juni beträgt 1 Zloty 40 Groschen, wöchentlich 35 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. Amerika einen halben Dollar monatlich. | 2. Jahrg.

Die Wirtschaftskrise.

Wir standen Grabskis Sanierungsplan immer skeptisch gegenüber und die Abgeordneten der Deutschen Arbeitspartei waren es, die als Mitglieder der Deutschen Sejmvereinigung bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz sich nicht der Stimme enthielten, sondern gegen das Gesetz und somit auch gegen den Sanierungsplan stimmten. Die Wirtschaftskrise, die wir bereits vor der Annahme vorausgesehen und vor der wir gewarnt haben, ist eingetreten. Die Kürzung der Arbeitszeit, die Weigerung der Industriellen, bezahlte Urlaube zu bewilligen, sowie die Aussperrungen waren der Auftakt dazu. Gegenwärtig ist die Krise in ein Stadium getreten, das ernste Folgen befürchten läßt. Wir sehen mit Sorge den nächsten Wochen entgegen, denn das, was sich am 30. v. Mts. in Widzew abgespielt hat, kann sich jeden Tag von neuem wiederholen.

Wir wollen es uns nicht verhehlen, daß die Industrie mit ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Aber sie selbst trägt die Schuld daran. Sie vermochte sich nicht umzustellen, vermochte sich nicht den neuen Verhältnissen anzupassen. Sie betrieb eine geradezu wahnwitzige Wirtschaftspolitik. Dank den gewaltigen Regierungskrediten, die sie mit entwerteten Papierfetzen zurückzahlte, konnte sie ohne jegliches Risiko die Betriebe laufen lassen. Die Produktion wurde gesteigert. Nach Absatzmärkten sah man sich jedoch nicht um, wodurch eine Ueberproduktion entstand. Die infolge der Sanierung plötzlich eingestellten Kredite warfen die kurzsichtige Politik der Industriellen über den Haufen. Durch den großen Abfluß des Bargeldes als Steuer an die Staatskassen ist noch dazu ein Mangel an Bargeld entstanden, der die Stockung vollkommen macht. Die Industriellen haben vollgepropfte Lager, aber kein Geld, um den Arbeitern wenigstens regelmäßig die Löhne auszuzahlen.

Und die Regierung? Grabski hat nichts unternommen, um den Schwierigkeiten entgegenzutreten. Die warnenden Stimmen, die ihn auf die Sanierung der Finanzen in Deutschland und Oesterreich und den damit verbundenen Wirtschaftskrisen aufmerksam machten, ließ er unbeachtet. Erst der Zwischenfall in Widzew sowie die zahlreichen Zahlungseinstellungen von Firmen, die bisher als erstklassig angesehen wurden, scheinen in Warschau doch schon gewisse Bedenken hervorzurufen. Grabski ist sich seines Planes nicht mehr so sicher. Die Befürchtung, die gewaltsame Sanierung könnte im Wirtschaftsleben zu einer Katastrophe führen, bereitet ihm manch schlaflose Nacht.

Es muß etwas getan werden, um die Katastrophe von uns abzuwenden. Die Verhandlungen mit den Industriellen über Erteilung von neuen Krediten werden allein das Kraut nicht fett machen. Den Plan der Regierung, eine Anleihe im Betrage von 250 Millionen Zloty aufzunehmen und sie der Industrie zur Verfügung zu stellen, können wir nicht gutheißen, solange wir die näheren Bedingungen nicht wissen. Wir fürchten, daß die Regierung, die ja bekanntlich nicht frei von Einflüssen des Lewiatan ist, dem Druck der Industriellen nachgeben und daß letzten Endes die Arbeiterschaft die ganze Rechnung bezahlen wird. Die Regierung muß bestrebt sein, eine gesunde Kreditpolitik durchzuführen und vor allen Dingen durch Beschneidung des Militärbudgets die Steuerschraube zu lockern.

Die Zahlungseinstellung der A.-G. Kindler, Pabianice, die Zahlungsschwierigkeiten der Firmen Poznanski, Geyer, die vielen kleinen Pleiten sowie zuletzt der Vorfall in der „Widzewer Manufaktur“ müssen allen, die es angeht, die Augen öffnen. Die durch den Krieg und der Nachkriegszeit ausgemergelte Arbeiterschaft läßt mit sich nicht spaßen. Die Not und der Hunger kann sie zur Selbsthilfe zwingen. Die Ausschreitungen in Widzew sind Anzeichen dafür, daß ein Gährungsprozeß in unsrer Arbeiterschaft vor sich geht, der jeden Augenblick zu einem gewaltigen Ausbruch führen kann. Die Folgen wären für unser gesamtes Wirtschaftsleben entsetzlich.

Es ist Pflicht der Regierung und der Industrie, Schritte zu unternehmen, um das Los der Arbeiterschaft, die unter der Krise am meisten leidet, zu erleichtern. Es darf nicht vorkommen, wie es leider bei uns schon der Fall ist, daß die Industriellen, um sich zu helfen, die Arbeiterschaft entlohnen und sie auf die Straße jagen. Die Regierung müßte hier eingreifen und die Industriellen auf die Brutalität ihres Vorgehens aufmerksam machen. Es fragt sich nur, ob die Regierung, die mit der Großindustrie in Verbindung steht, dazu fähig ist. Herr Grabski muß erst zeigen, ob er das Zeug hat und die Industriellen zwingen kann, ihre Fabriken im Betrieb zu halten.

Herr Darowski kehrt aus Moskau ohne Handelsvertrag zurück. In Wien werden augenblicklich mit Deutschland Verhandlungen geführt. Auch hier sind wenig Aussichten vorhanden, daß die Verhandlungen zu einem Ausbau der Handelsbeziehungen mit Deutschland führen werden. Unsre Politiker sind zu kurzsichtig. Statt durch größeres Entgegenkommen und Zugeständnissen der polnischen Wirtschaft neue Absatzmärkte zu erschließen, setzt man sich aufs hohe Roß und stellt Forderungen, die bei den Kontrahenten nur ein mitleidiges Lächeln erregen. Wie lange man diese Politik wohl noch führen wird? Es wäre traurig, wenn es unsrer Regierung so erginge, wie unsren Kaufleuten „in Manufaktur“, die ihre Ware schon anbieten und doch nicht abgekauft kriegen.

Es ist keine Aussicht vorhanden, daß es in den nächsten Monaten besser werden wird. Im Juli und August sind die großen Steuern fällig. Die Juden haben eine gute Nase und spüren es schon monatelang im voraus, wenn etwas „in der Luft hängt“. Ihr in der letzten Zeit fast zur Flucht gewordenes Verlassen Polens kann keinesfalls ein gutes Zeichen für einen einigermaßen ruhigen Verlauf der Wirtschaftskrise angesehen werden.

A. Z.

Die Deutsche Arbeitspartei zur Minderheitenfrage.

Resolution des Parteirates der Deutschen Arbeitspartei Polens.

In einem ausführlichen Referat behandelte am vergangenen Sonntag Abgeordneter Artur Kronig am Parteirat der D. A. P. den gegenwärtigen Stand der Minderheitenfrage in Polen. Nach einer eingehenden Aussprache, an der die Vertreter fast aller Ortsgruppen der D. A. P. teilgenommen haben, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Seit dem Bestehen der polnischen Republik sind die in deren Grenzen wohnenden Minderheitsnationen der politischen und kulturellen Unterdrückung ausgesetzt. Die polnische Mehrheit, die von der falschen Auffassung ausgeht, daß Polen ein Nationalstaat sei, ist seit Jahren bestrebt die Minderheiten ihrer politischen Rechte zu berauben. Durch Einführung einer allen demokratischen Grundsätzen hohnsprechenden Wahlordnung für die gesetzgebenden Körperschaften wurde der politische Einfluß der Minderheiten geschmälert. Da dies den nationalistischen Gelüsten der reaktionären polnischen Mehrheit noch nicht genügte, wurde der der Verfassung direkt widersprechende Grundsatz aufgestellt, daß nur die polnische Mehrheit berechtigt sei, die Regierung des Landes auszuüben. Dieser Grundsatz wird sogar von den vermeintlich demokratischen linken polnischen Parteien anerkannt und verwirklicht. Dadurch sind die Angehörigen der Minderheitsnationen zu Bürgern zweiter Klasse herabgedrückt worden, die nur Pflichten, aber keine Rechte haben.

Die bisherigen polnischen Regierungen aller Richtungen sind dem Einfluß der nationalistischen Strömungen unterlegen. Dieser Einfluß reicht soweit, daß man sich über die Bestimmungen des von Polen unterzeichneten Minderheitenschutzvertrages sowie der Verfassung des Staates skrupellos hinwegsetzt. Der Vertrag und die Verfassung, die die gleichen Rechte der Minderheiten feierlich garantieren, bilden für die polnischen Regierungen und deren Organe nichts weiter als ein Fetzen Papier. Diese Einstellung der polnischen Politik hat einen für die Minderheiten unerträglichen Zustand geschaffen, der ihre freie nationale Entwicklung hindert.

Erst unter dem Druck auswärtiger Faktoren haben unsere maßgebenden Kreise eingesehen, daß eine Regelung der Minderheitenfrage eine dringende Forderung des Tages ist, da der bisherige Zustand nicht nur jeden Fortschritt im Innern hemmt, sondern dem Staate auf internationalem Boden unermeßlichen Schaden zufügt. Die Art und Weise jedoch, wie die Regierung Grabski die Regelung der Minderheitenfrage in Angriff genommen hat, läßt darauf schließen, daß wir es nicht mit einer ernstlichen Umstellung des politischen Kurses zu tun haben, sondern lediglich mit einem taktischen Manöver, dessen Wirkung auf das Ausland berechnet ist. Die Regierung Grabski hat die Lösung der Minderheitenfrage von vornherein auf eine falsche Bahn geleitet, indem sie die Vertreter der Minderheiten selbst von der Mitarbeit an dieser Frage ausschaltet. Wir müssen das Vorgehen Grabskis als das brandmarken, was es in Wirklichkeit ist, als den Versuch im Auslande den Schein zu erwecken, als ob Polen gewillt sei, seinen Minderheiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, während in Wirklichkeit nicht daran gedacht wird, den Kurs zu ändern.

Der Parteirat der Deutschen Arbeitspartei Polens erklärt, daß die gesetzliche Regelung der Minderheitenfrage in Polen ein dringendes Erfordernis der Zeit ist. Das Interesse des Staates erfordert einen radikalen Bruch mit dem bisherigen System und die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichberechtigung aller den Staat bewohnenden Völker. Die D. A. P. hält eine solche Lösung der Frage nur dann für möglich, wenn ihre gesetzliche Regelung den Minderheiten nicht aufgeworfen wird, sondern im Einverständnis mit deren konstitutionellen Vertretern erfolgt.

Die Folgen der Unterdrückung.

Die Weißrussen lehnen sich gegen die polnische Regierung auf.

Polnischen Blättermeldungen zufolge ist im Wilnaer Gebiet eine weißrussische Aufstandsbewegung ausgebrochen. Weißrussische Gruppen, bestehend aus einigen hundert Bauern, überfallen polnische Siedlungen, Polizeiposten und sogar Militärposten. Bei den letzten Zusammenstößen sollen die Polen 18 Tote und über 20 Verwundete gehabt haben. Da die Aufstandsbewegung ernsten Charakter anzunehmen droht, sind polnische Truppenverstärkungen an die litauische Grenze abgegangen.

Der Grabskiregierung ins Stammbuch.

Wie die Sprachenfrage der Minderheiten in Estland geregelt wurde.

Das Grundgesetz Estlands sieht vor, daß die Minderheiten sprachliche Gleichberechtigung erhalten. Dieser Teil des Grundgesetzes wurde nunmehr von den maßgebenden Stellen Estlands erläutert. Da auch bei uns die die Minderheiten betreffenden Artikel in nächster Zukunft interpretiert werden sollen, ist es interessant zu wissen, wie Estland diese Frage erledigt hat.

Die diesbezügliche lettische Meldung lautet: Art. 2 des neuen Gesetzes, legt das Recht des Gebrauchs der drei genannten Minoritätensprachen in den staatlichen Zentralinstitutionen fest. Die deutsche Fraktion beantragte, daß estländische Bürger deutscher, russischer und schwedischer Nationalität sich auch an die örtlichen staatlichen Institutionen in den Städten mit schriftlichen Eingaben in ihrer Muttersprache wenden können. Man einigte sich darauf, daß Bürger russischer und deutscher Nationalität in allen Städten mit über 7000 Einwohnern das Recht haben, sich in ihrer Muttersprache schriftlich an die örtlichen staatlichen Institutionen zu wenden, während den Schweden dieses Recht in Hapsal und Reval zusteht.

Die polnische Antwort an Sowjetrußland.

Die letzte sowjetrussische Note hat die polnische Regierung wie folgt beantwortet: „Die polnische Regierung legt ganz entschieden Verwahrung gegen die falsche Auslegung des Art. 7 des Rigaer Vertrages ein, der die gegenseitig den völkischen Minderheiten gewährte Sicherung der Freiheit von der inneren Gesetzgebung des einzelnen Staates abhängig macht. Die polnische Regierung stellt nochmals mit allem Nachdruck fest, daß alle Bestimmungen des Rigaer Vertrages loyal ausgeführt werden müssen. Sie verwirft dagegen ohne Diskussion alle unbegründeten Ansprüche, die Nebenzwecke verfolgen und nicht aus den Bestimmungen des Rigaer Vertrages hervorgehen."

Ob Tschitscherin mit dieser Antwort sich zufrieden geben wird, wird uns die nächste Zukunft lehren. Aus dem Notenwechsel geht es jedoch klar hervor, daß man in Moskau und in Warschau verschiedener Meinung in der Auslegung des Art. 7 des Rigaer Vertrages ist.

Ein zweites Kabinett Marx?

Reichskanzler Marx versucht von neuem ein Kabinett zu bilden. Nach seiner Meinung ist nur ein Kabinett, das die Unterstützung der bisherigen Regierungsparteien findet, regierungsfähig. Die Deutsche Volkspartei, die bisher unentschlossen war, tritt jetzt entschieden für eine Regierung Marx-Stresemann ein. Augenblicklich wartet man die Stellungnahme der bayerischen Volkspartei ab, da die bürgerlichen Mittelparteien mit Unterstützung der Sozialdemokratie nur über eine sehr geringe Mehrheit verfügen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Reichskanzler Marx mit einem Kabinett, dem dieselben Minister wie im früheren angehören, vor den Reichstag treten wird. Sollte die Regierung in der Minderheit bleiben, so ist unter Umständen mit der Auflösung des Reichstags zu rechnen.

Poincare zurückgetreten.

Die Sozialisten fordern auch den Rücktritt Millerands.

Poincare überreichte am 1. Juni dem Präsidenten Millerand das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts. Mit der Regierungsbildung ist noch niemand betraut worden, da Herriot nur sehr ungern den Auftrag aus der Hand Millerands annehmen würde. Die Linksparteien fordern nämlich auch den Rücktritt des Präsidenten Millerands. Der „Matin" veröffentlicht nun einen offiziösen Artikel, worin Millerand erklärt, daß er nicht auf das Diktat einer Partei hin das Amt aufgeben wolle. Sollte die Linke sein Verbleiben im Amte mit einem Streik aller bedeutenden Persönlichkeiten der Linken beantworten, welche sich weigern würden, ein Kabinett zu bilden, so sei Millerand entschlossen, eine Persönlichkeit außerhalb der siegreichen Partei mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Tatsächlich wünschen die Führer der Linken, besonders Herriot, kein so entschiedenes Vorgehen, sonders sie möchten die Präsidentschaftskrise gerne noch hinziehen und sie dann ohne Erregung lösen. Allein es ist klar, daß die entschiedene Haltung der Sozialisten und die ihr zugewendeten Sympathien zahlreicher Radikaler es Herriot sehr schwer machen, gegen das Gros anzukämpfen.

Englische Urteile über Herriot.

Zu der Unterredung Herriots mit einem Vertreter des Berliner „Vorwärts", die in der englischen Oeffentlichkeit viel beachtet wird, schreibt „Daily News": Herriots Wunsch, Frieden zu schaffen, könne Wirklichkeit werden, wenn er bereit sei, das Ruhrgebiet aus seinen gegenwärtigen Fesseln zu befreien. Er wende sich an Deutschland mit Worten, die diesem belagerten Lande die Hoffnung gäben, daß ihm endlich ein Teil der Lasten der Nachkriegszeit abgenommen wird. Diese Friedenspolitik Herriots sei durchaus nicht heldenhaft, sondern nur eine Sache der Gerechtigkeit und Vernunft. Der Sturz Poincares sei durch das französische Volk einfach die Anerkennung gewesen, daß eine Politik der Gewalt Deutschland gegenüber sich nicht bezahlt mache. Herriot habe gut begonnen, aber seine Hauptschwierigkeit werde sein, den starken Einfluß Poincares auszuschalten.

„Westminster Gazette" schreibt, wenn Herriot eine neue Regierung in Frankreich bilde, und, wie er erklärt habe, wünsche, die gemäßigte öffentliche Meinung in Deutschland zu stärken, könne er keinen besseren Schritt unternehmen, als die Gewährung einer allgemeinen Amnestie im Rheinland und Ruhrgebiet, die zur Befreiung der politischen Gefangenen führen und den ausgewiesenen Deutschen ermöglichen würde, zu ihren Heimstätten zurückzukehren.

Eingreifen der Berg-Internationale in den Ruhrkampf.

Der Kampf der deutschen Arbeiter des Ruhrgebiets gegen die Abschaffung des 8-Stundentages und der Lohnkürzung wird immer erbitterter. Die Arbeiter der anderen Länder, besonders die Englands, verfolgen diese gewaltige Kraftanstrengung des durch den Krieg sowie durch die noch fast schlimmere Nachkriegszeit ausgemergelten deutschen Arbeiters mit größtem Interesse. Hängt doch von dem Ausgang dieses Kampfes viel für die internationale Arbeiterschaft ab.

Um die deutschen Arbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen hat das Exekutivkomitee der Berg-Internationale beschlossen, alle Landesorganisationen aufzufordern, die Lage zu prüfen und dem internationalen Sekretariat Bericht zu erstatten, welche Schritte zu unternehmen sind, um den im Abwehrkampfe stehenden deutschen Bergarbeitern Hilfe zu leisten. In den neutralen Ländern ist bereits mit der Organisation einer großzügigen Unterstützungsaktion für die Ausgesperrten begonnen worden.

Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler.

Am 1. Juni, gegen 7 Uhr abends, ist auf dem Wiener Nordbahnhof ein Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel verübt worden. Ein Arbeiter namens Karl Javorek gab auf den Bundeskanzler 2 Revolverschüsse ab, als dieser gerade den Zug verlassen wollte. Darauf richtete der Attentäter den Revolver gegen sich selbst. Der Bundeskanzler sowie der Attentäter wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Bundeskanzlers ist wohl ernst, aber nicht besorgniserregend.

In einem bei dem Attentäter vorgefundenen Brief schreibt dieser, er nehme sich das Leben wegen einer Unterschlagung, die er kürzlich in einer Fabrik begangen habe. Vor seinem Tode wolle er jedoch noch einen anderen töten, der seiner Ansicht nach an dem Elend der Arbeiterschaft schuld sei.

Riesenexplosion in Rumänien.

Am 29. Mai ereignete sich in der Nähe von Bukarest eine wahre Kriegskatastrophe. Auf bisher unaufgeklärte Weise explodierte ein Eisenbahnlager mit Munition, die befördert werden sollte. Der Umfang der Explosion, der gegen tausend Waggon Munition zum Opfer fielen, ist gar nicht zu vergleichen mit der Explosion in Warschau. Die Bevölkerung der Hauptstadt floh massenweise. Sehr viele Häuser sind eingestürzt. Das Militär mußte eine Räumung im Bereiche von 4 Quadratkilometer vom Orte der Explosion anordnen. Ueber 30000 Granaten und Bomben sind in die Luft geflogen. Zahlreiche Tote sind zu beklagen.

Die Behörden verhafteten bisher drei Zivilpersonen und fünf Soldaten, die sich verdächtig gemacht hatten. Unter der Bevölkerung wird das Gerücht verbreitet, daß die Katastrophe ein Werk der Sowjetagenten sei.

Adalises Ehe.

Roman von A. Hruschka.

(Nachdruck verboten.)

(7. Fortsetzung.)

„Nun, ist es also wirklich wahr, daß du den Sohn des „Wurstfabrikanten" heiratest, du — eine Adlige? Adalise, sage es selbst," rief Manfred mit erregter Stimme.

„Ja, es ist wahr."

Einen Augenblick blieb es still. Dann sagte Manfred, heiser vor Erregung: „Gut. Verhindern kann ich es leider nicht, aber es ist eine Schmach, daß du dich so wegwirfst, Adalise. Und ich wenigstens will weder etwas davon sehen noch hören!"

„Man wird sich zu trösten wissen," rief Klaudia spöttisch und rasch, denn sie sah wie Adalise erblaßte.

Eine halbe Stunde später — Adalise war eben in königlicher Schöne aus Klaudias Händen entlassen worden — klingelte Gottulan an der Wohnung seiner Braut.

Minna, die ihn nicht kannte und ihn für einen gewöhnlichen Besuch hielt, war eine Sekunde lang ratlos, wohin sie ihn führen sollte. Denn im Salon räumte sie gerade auf, Tür und Fenster standen dort weit offen und im Eßzimmer saß die Majorin noch immer mit dem General im eifrigsten Gespräch. Das kommt davon, wenn man so spät aufsteht und dadurch die ganze Hauseinteilung auf den Kopf stellt, dachte Minna grimmig.

Ueberhaupt die Wirtschaft hier. Keiner kümmerte sich um etwas, alles sollte man allein machen, und wenn sie nicht schon zwanzig Jahre im Hause wäre, ginge sie „lieber heute wie morgen" — das war ein Lieblingsgedanke Minnas, den sie aber nie ernst meinte.

Indes stand Gottulan ungeduldig in dem Vorraum und staunte heimlich über diese „Spezies von Dienstboten", die die Gäste erst musternd anglotzte, statt sie sofort zu melden.

„Nun — wollen sie mich nicht endlich melden?" fragte er etwas herrisch. Da faßte Minna den Entschluß, ihn einfach ins Eßzimmer zu führen, gleichviel, ob dort aufgeräumt war oder nicht, und ob die Gnädige in Toilette war . . .

Frau Cälia stieß einen kleinen Schrei aus, als der Freier, von dem sie eben unermüdlich gesprochen, so plötzlich vor ihr stand. Aber mit der ihr eigenen Erhabenheit über kleinliche Dinge faßte sie sich rasch und nahm die Lage von der liebenswürdigen Seite.

Man habe nach dem gestrigen reizenden Abend länger geschlafen, und dadurch sei man natürlich mit allem im Rückstand geblieben. Natürlich würde sie jeden anderen Besuch unter diesen Umständen abgelehnt haben, aber Adalise hätte ihn ja angekündet . . . und er komme doch nicht als Fremder, sondern als lieber, willkommener Freund der Familie, der schon ein Auge zudrücken würde.

Leo Gottulan hätte am liebsten beide zugedrückt. Das ungelüftete, unordentliche Zimmer, Frau Cälias fleckiger Schlafrock und ihr ungekämmtes, nur flüchtig unter ein Morgenhäubchen gestecktes Grauhaar, enthüllten ihm blitzartig den Mechanismus dieser Häuslichkeit.

Er atmete auf, als der General liebenswürdig sein Arbeitszimmer für den Besuch anbot und sich dann sogleich diskret zurückzog. Hier herrschten wenigstens Sauberkeit und Ordnung.

Was gesagt werden mußte, war bald gesagt. Frau Cälia zog den Freier mütterlich gerührt an ihre Brust, versicherte ihn schon jetzt „wie einen Sohn zu lieben" und klingelte dann Minna, damit sie Fräulein Adalise hole.

Adalise benahm sich sehr taktvoll mit mädchenhafter Zurückhaltung und einem Anflug kühlen Stolzes. Aber gerade das gefiel Leo. Er war nicht für Zärtlichkeiten coram publiko, auch wenn das Publikum nur die Mutter war.

Es wurde dann noch besprochen, daß Leo Adalise nach Tisch abholen werde, um sie zu seinen Eltern zu bringen, und daß die Hochzeit sehr bald, womöglich noch in diesem Winter stattfinden solle.

„Denn der Brautstand mit seinen zeitraubenden Ansprüchen aller Art paßt mir gerade jetzt nicht sehr, wo ich mich mit dem Plan zu einem neuen, großen Unternehmen trage. Verlobt sein ist überhaupt ein halber Zustand, und Halbheiten passen nicht für einen Geschäftsmann," erklärte Leo lächelnd.

Das Wort „Geschäftsmann" fand Frau Cälia im Stillen nicht sehr taktvoll. Fühlte er nicht, daß es Adalise peinlich berühren mußte?

Adalise saß mit eisig starrer Miene daneben, als ginge die Sache sie gar nichts an. Innerlich war sie empört.

So dachte er sich also alles? So . . . nebensächlich? Und die Hauptsache blieben seine geschäftlichen Unternehmungen? Ein starker Trotz erhob sich plötzlich in ihr gegen ihn. Ein grausames Verlangen, diesem Manne zu zeigen, daß sie sich durchaus nicht als Nebensache behandeln zu lassen gewillt sei.

Dafür, daß sie eine Stufe „herabstieg" zu ihm, wollte sie wenigstens Herrin sein! Ueber ihn! Ueber alles . . .! O, das würde sie ihm schon bald beibringen.

Sie blickte verstohlen in den Spiegel, der ihr gegenüberhing und lächelte. „Hüte dich, Leo Gottulan, du kennst mich noch nicht! Frauen kennst du überhaupt nicht! Da wenigstens bin ich dir überlegen."

Auch er lächelte, als er ihr beim Abschied warm die Hand drückte und rasch einen Kuß auf die weißen, schlanken Finger preßte. Denn er fühlte, wie dabei ein Schauer durch ihren Arm lief, und er sah ihr marmorkühles blasses Gesicht sich plötzlich mit Rosenglut überziehen.

Eine große Seligkeit erfüllte ihn. Was lag schließlich an der „Zigeunerwirtschaft" hier? Er führte sie ja heraus — in sein Haus, wo es ganz anders war, wo auch sie eine andere werden würde, ohne daß sie es merkte.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Ein französischer Finanzberater für Polen? In Warschau ist ein Finanzinspektor der französischen Republik, Graf André de Clander, eingetroffen. Der Zweck seiner Reise besteht darin, sich zu informieren über die Maßnahmen, die die polnische Regierung zur Sanierung der Finanzen getroffen hat. Der Inspektor ist bereits vom polnischen Ministerpräsidenten empfangen worden und hat auch bereits mit sämtlichen Departementsdirektoren des Finanzministeriums Aussprache gehabt. Sein Warschauer Aufenthalt ist auf längere Zeit berechnet. Dem englischen Finanzberater Hilton Young folgt nun der Franzose. Wir müssen uns darüber wundern, daß man sich nun noch einen „Retter" verschrieben hat. Wozu? Herr Grabski behauptet doch, die Sanierung der Finanzen sei restlos durchgeführt. Stimmt diese Behauptung vielleicht nicht?

Die Beamtengehälter. Die Beamtenorganisationen erhielten die Information, daß von einigen Sejmabgeordneten eine Vorlage der Berechnung der Staatsbeamtengehälter nach einem neuen System eingebracht wird. Danach soll der Multiplikator wegfallen und die Gehälter in einer feststehenden Zlotysumme in der Weise umgerechnet werden, daß den höheren Beamten die Gehälter erhöht werden sollen.

Robert Reich totgeprügelt. Wie wir bereits berichteten, ist in dem Gefängnis in der Milsza-Straße der Häftling Robert Reich totgeprügelt worden. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß der Körper des Reich zahlreiche Striemen sowie blutige Flecke, die von Schlägen herrühren, aufweist. Die Aerzte der Untersuchungsbehörde sind jedoch der Meinung, daß der Tod nicht durch die Schläge, sondern durch Herzschlag eingetreten ist. Dieser bestialische Fall der Tötung ist noch immer in ein Dunkel gehüllt, das infolge des Nichtentgegenkommens der Behörden schwer zu lüften ist. Auf die Bemühungen der Abgeordneten der Deutschen Arbeitspartei hin, sich in Verbindung mit den Familienangehörigen des Ermordeten zu setzen, wurden mehrfach Adressen genannt, unter denen Angehörige des Reich nicht aufzufinden waren. Man hat augenscheinlich ein Interesse, diese Angelegenheit nicht vor die Oeffentlichkeit zu bringen.

In der „Widzewer Manufaktur" kam es am 30. Mai zu ernsten Zwischenfällen. Die Direktion, die schon eine Woche vorher die Löhne in Raten auszahlte, erklärte der Arbeiterschaft, daß sie auf die Auszahlung 2—3 Tage warten müsse; da es unmöglich sei, in der Stadt Bargeld aufzutreiben. Die Arbeiter, denen der Magen vor Hunger knurrte, wollten von einer weiteren Vertröstung nichts wissen. Sie belagerten den Direktor Max Kohn in seinem Kontor und forderten sofortige Auszahlung der Löhne. Direktor Kohn erklärte, daß sich der Kassierer bereits nach Warschau begeben habe, um bei der Regierung gegen Wechsel Geld für die Auszahlung zu erwirken. Als die Arbeiter immer mehr auf ihn einzudringen versuchten, erklärte Kohn: „Ich habe kein Geld, geht zu Grabski nach Geld." Die durch diese Abweisung aufgebrachte Arbeiterschaft drang mit Gewalt in die Büroräume ein und demolierte die Möbel. Herr Kohn, der dabei auch einige Püffe bekam, rief die Polizei herbei, die die auf dem Fabrikshofe versammelte Arbeiterschaft umzingelte. Es kam dabei zu Kämpfen mit der Polizei, die sich genötigt sah, Verstärkung herbeizuholen. Da von den Schußwaffen kein Gebrauch gemacht wurde, sind keine Tote zu beklagen. Einigen Verwundeten wurden von der Rettungsbereitschaft Verbände angelegt. Ueber 30 Arbeiter wurden verhaftet, von denen noch 15 in Haft gehalten werden. Die Staatsanwaltschaft, die sich der Angelegenheit bereits angenommen hat, will auch gegen Direktor Max Kohn die Anklage wegen Aufhetzung der Arbeiterschaft gegen die Regierung erheben.

Die finanzielle Lage der A.-G. R. Kindler ist derart ernst geworden, daß man jeden Tag die Bankrotterklärung erwartet. Gegen 55 Prozent der Aktien sollen in englische Hände übergehen. Der Hauptgläubiger ist der englische Oberst Francis Willey aus Bradford, einer der Hauptaktionäre der „Midland Bank" in London. Mit den Engländern geht Hand in Hand der Lodzer Industrielle Karl Eisert, der 10 Prozent der Aktien von Stefan Kindler gegen den Willen der anderen Familienangehörigen erworben hat. Die Familie Kindler sieht das Eindringen von Eisert sehr ungern und es wäre aus diesem Grunde bald zu einem Duell zwischen Eisert und Herse, einem Schwiegersohn von Kindler, gekommen. Das augenblickliche Defizit beträgt gegen 1,5 Millionen Dollar. Es ist durch die ungeschickte und nachlässige Leitung entstanden, die es in der Zeit der Inflation versäumt hatte, sich rechtzeitig mit fremden Devisen einzusorgen.

Auch die A.-G. Krusche und Ender, Pabianice, ist, wie verlautet, in ernste Zahlungsschwierigkeiten geraten.

Stadtratsitzung. Die nächste Sitzung des Stadtrats findet am Donnerstag, den 5. Juni, um $7\frac{1}{2}$ Uhr abends, in der Pomorska-Str. 18 statt. Auf der Tagesordnung steht die Generaldebatte über das Budget für das Jahr 1924.

Die Stadt kauft Immobilien. Der Magistrat hat beschlossen, sich an den Stadtrat mit dem Antrag zu wenden, die Grundstücke Nr. 2 und 4 an der Senatorskastraße für Schulzwecke anzukaufen.

Die russische Sprache. Der Magistrat hat sich an das Ministerium für Volksaufklärung mit der Bitte gewandt, zu gestatten, daß in der städtischen Handelsschule auch die russische Sprache gelehrt wird.

Alle Schweine können nach Verfügung des Wirtschaftskomitees aus Polen ausgeführt werden. Der Ausfuhrzoll beträgt pro Schwein 3 Zloty.

Schon eine Regierung ist wegen der Schweine gestürzt, nämlich die Sikorskis. Damals waren 12000 Schweine, die Witos für die Ausfuhr frei haben wollte und worauf Sikorski nicht einging, schuld an der Krise. Und es kriselt bereits schon wieder einmal.

Es ist also nicht wahr, daß Herr Julius Buhle in Holzpantinen nach Polen kam! In der Aktiengesellschaft Karl Theodor Buhle kam es vor einiger Zeit in der Urlaubsfrage zu einem Streit zwischen der Arbeiterschaft und der Verwaltung. Die Arbeiter forderten, die Verwaltung möchte die Urlaube so verteilen, damit in diese Zeit keine Feiertage fallen. Der Verwaltung dagegen lag es gerade daran, durch die Verlegung der Urlaube in die Feiertagszeit wie am meisten Geld zu schinden. Während einer Besprechung beleidigte ein Arbeiter den Herrn Julius Buhle, der dies zum Anlaß nahm, die Fabrik zu schließen. Die durch dieses rücksichtslose Vorgehen der Herren Buhle aufgebrachte Arbeiterschaft veranstaltete einige Tage darauf vor dem Fabriksgebäude eine große Protestversammlung. Ein Redner, der Arbeiter Kowalczyk, soll dabei gesagt haben, daß er sich noch gut erinnere, wie Herr Buhle in Holzschuhen nach Lodz kam. Heute habe er durch die Ausbeutung der Arbeiter eine große Fabrik. Es ist selbstverständlich, daß die brotlos gemachte Arbeiterschaft gegen die Herren Buhle Worte brauchte, die für diese keine Schmeichelei gewesen sein dürften. Der wegen Aufhetzung verklagte Kowalczyk hatte sich vor Gericht zu verantworten, das ihn zu 6 Monaten Arrest verurteilte. Die Vollstreckung des Urteils ist auf 3 Jahre verschoben worden. Wie die Bekleidung des Herrn Buhle aber ausgesehen hat, als er nach Lodz kam, und welche Reichtümer er mitbrachte, hat die Gerichtsverhandlung nicht aufgedeckt.

Deutscher Lehrerverein zu Lodz. (Eingesandt.) Unsere werten Mitglieder werden hierdurch höflichst ersucht, zu der am Donnerstag, den 5. Juni l. J. um $7\frac{1}{2}$ abends im Vereinslokale, Petrikauer 243, stattfindenden Monatsversammlung recht zahlreich zu erscheinen, da dies die letzte vor Ferienbeginn ist und wichtige Angelegenheiten zur Besprechung gelangen.

Die Verbrüderung der P. P. S. mit der N. P. R.

Bericht über die Sitzung des Krankenkassenrats.

In der ersten Sitzung des Krankenkassenrats sind die Wahlen bekanntlich nicht zustandegekommen, weil Abg. Zerbe forderte, daß die Gewählten die absolute Stimmenmehrheit erhalten müssen.

Bei Eingang in die Tagesordnung verlas der Kommissar der Kasse, Herr Dr. Siebartowski, eine Erklärung des Ministeriums, wonach die Interpretation des Abg. Zerbe verworfen und erläutert wird, daß derjenige als gewählt zu betrachten sei, der die meisten Stimmen erhalte.

Abg. Zerbe legte gegen diese Entscheidung in einer ausführlichen dem amtlichen Protokoll beigefügten Erklärung Protest ein. Redner wies darauf hin, daß es ein Unding sei, einem Krankenkassenrat die Leitung der Kasse zu übertragen, der kaum ein Drittel der Stimmen hinter sich habe. Daß die Interpretation der D.A.P. die richtige sei, geht schon daraus hervor, daß das Ministerium gegenwärtig eine Novelle bearbeite, die seine (des Abg. Zerbe) Ansicht als Grundlage nimmt.

Inzwischen ist im Büro der Pakt der P. P. S. mit der N. P. R. unterzeichnet worden. Die P. P. S., die vorher mit den sozialistischen Parteien der Minderheiten zwar keinen schriftlichen Vertrag aber immerhin eine mündliche Vereinbarung getroffen hatte, auf dem Gebiet der Krankenkasse zusammenzuarbeiten, um die Politik ihrer Warschauer Führer — Gleichberechtigung für die Minderheiten — wahr zu machen, hat aus materiellem Grunde, d. h. um für sich möglichst viel Beamtenposten in der Krankenkasse herauszuschinden, ihre bisherigen Ideale über Bord geworfen und — o bittere Ironie! — mit ihren bisherigen erbittertsten Gegnern eine ungleiche Ehe geschlossen.

Die Wahlen in das Präsidium waren daher abgekartet. Vorsitzender wurde Wojewódzki (N. P. R.), für den die P. P. S. stimmte, Stellvertreter Andrzejak (P.P.S.), für den die N.P.R. die Stimmen abgab. Der Kandidat der D. A. P., Stv. Filbrich, erhielt 10 Stimmen (7 der D. A. P., 2 vom „Bund" und 1 von Holenderski).

Die Mandate der Revisionskommission wurden ehrlich (?) unter die beiden Parteien verteilt, ebenso die zwei Mandate der Schiedskommission. Beim dritten Mandat verkaufte sich die P. P. S. der N. P. R. mit Haut und Haaren, in dem sie ohne hierfür entschädigt zu sein, den N. P. R.-Mann wählte. Der Warschauer „Robotnik", der über die Sitzung berichtet, verschweigt wohlweislich den Pakt, da ihm dieser in der internationalen Welt unbedingt den Boykott einbringen würde. Ueber das dritte Mandat der Schiedskommission schreibt er: „Gewählt wurde Herr Splawski," ohne hierbei zu sagen, daß S. ein N. P. R.-Mann ist.

Nach diesen Wahlen nahm Abg. Zerbe das Wort und verlas nachstehende Erklärung, die dem amtlichen Protokoll beigefügt wird:

> „Die Wahlen in das Präsidium und die Kommissionen beweisen klar, daß die P. P. S. sich mit der N. P. R. verbrüdert hat, um die Minderheiten und dabei die Minderheiten-Sozialisten von der Mitarbeit in der Krankenkasse auszuschalten. Dieses Vorgehen brandmarkt die Fraktion der Deutschen Arbeitspartei. Die Verantwortung für die Verwaltung der Krankenkasse fällt daher ausschließlich auf diese sich bisher bis aufs Messer bekämpfenden, sich feindlichen Parteien."

Diese Erklärung hat auf die P. P. S. niederschmetternd gewirkt. Nach der Sitzung verließen die P. P. S.-Männer fluchtartig die Sitzung, um mit niemanden zusammenzustoßen und Rechenschaft über diese unerhörte Tat abzugeben.

Die N. P. R. hat über diesen ihren Sieg die Freude nicht verhehlt. Im Gegenteil: Sie behauptete stolz: „Heute haben wir die P. P. S. vor unseren Wagen gespannt."

Die Fabrikanten äußerten sich: „Die Krankenkasse wird eine interessante Opposition haben: Die Industriellen und die Sozialisten der Minderheit."

Die nächste Sitzung findet übermorgen, Freitag, im Stadtratsaale statt.

*

Der Pakt der Krankenkassenräte der P. P. S. wird von der demokratischen polnischen Presse verurteilt. Die Bezirksleitungen der P. P. S. in Lodz protestieren gegen den Pakt, ebenso viele Führer der Partei, die als ehrliche Sozialisten angesehen werden wollen. Wenn dieser Fehler der Krankenkassenräte also nicht gutgemacht wird, kann mit einer Spaltung in der P. P. S. gerechnet werden.

*

Der Parteirat der D. A. P. hat sich mit diesem Verrat der sozialistischen Grundsätze ebenfalls beschäftigt. Es wurden in dieser Richtung hin bedeutsame Beschlüsse gefaßt.

Von der deutschen Arbeitspartei.

Parteirat der D. A. P.

An dem Parteirat hatten am vergangenen Sonntag 28 Delegierte aus allen Ortsgruppen teilgenommen. Die Beratungen währten von $\frac{1}{2}$11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Als erster referierte Abg. Kronig über den Stand der Minderheitenfrage in Polen. Hierzu wurde die auf der ersten Seite abgedruckte Entschließung angenommen.

Abg. Zerbe berichtete über seine Auslandsreise und die mit den ausländischen Bruderparteien angeknüpften Beziehungen. Das Referat wurde beifällig aufgenommen. Zu den Referaten: Reorganisierung des Finanzwesens der Partei (Referent Abg. Kronig), Die Richtlinien der D. A. P. in den Krankenkassen (Referent Stv. Kuk), Ausbau der Organisation (Referent Abg. Kronig), Die Gemeindewahlen in den neuen Städten (Referent Abg. Zerbe) wurden entsprechende Entschließungen angenommen. Zum Referat über den Ausbau der Organisation wurde beschlossen, in jeder Ortsgruppe einmal monatlich Diskussionsabende zu veranstalten.

An die Bezirkskassierer der Ortsgruppe Lodz!

In Anbetracht der Einführung der neuen Mitgliedsbeiträge vom 1. Juni d. J. werden sämtliche Bezirkskassierer ersucht, unbedingt im Laufe dieser Woche die Abrechnung niederzulegen. Die Abrechnung kann täglich von 6 bis 8 Uhr abends beim Kassierer der Ortsgruppe Lodz im Parteilokal erfolgen.

Der Vorstand der Ortsgruppe Lodz.

Aus dem Reiche.

Womit sich die Starosten beschäftigen?

Nach einer Pressenotiz des „Nasz Przegląd" hat der Starost von Drohobycz in Galizien eine Zensur für Kirchenpredigten in den jüdischen Gemeinden angeordnet. Alle Predigten, die von Rabbinern gehalten werden sollen, müssen vorher schriftlich aufgesetzt und zur Begutachtung vorgelegt werden. Durch diese Verordnung will sich der Starost augenscheinlich bei seinen Vorgesetzten als eifriger Beamter und guter Patriot eine Nummer machen. Wann wird der Sejm ein Gesetz schaffen, das die Dummheit bestraft? Dieses Gesetz ist bei uns in Polen ebenso notwendig wie das tägliche Brot.

Alexandrow. Die Stadtratwahlen werden am morgigen Donnerstag, den 5. Juni, ausgeschrieben. Nach Ablauf von 32 Tagen finden die Wahlen statt, also am 6. Juli l. J. An der Spitze des Hauptwahlkomitees steht der Friedensrichter Herr Thum. Er beabsichtigt, am Wahltage vier Stimmlokale einrichten zu lassen.

Ozorkow. Bei den Krankenkassenwahlen am vorvergangenen Sonntag errang die Deutsche Arbeits-Partei zwei Mandate.

Petrikau. Krankenkassenwahlen. Bei den am vorvergangenen Sonntag stattgefundenen Wahlen errang der Klassenverband 17, die Chjena 1, der „Bund" 2, die orthodoxen Juden 1 und die N. P. R. 10 Mandate.

Krakau. Fliegerunglück. Der Flugplatz in Rakowice bei Krakau war der Schauplatz einer Fliegerkatastrophe, der 6 junge Männer zum Opfer fielen. Der Flieger Karpinski hatte vier Freunde sowie einen Soldaten zu einem Rundflug eingeladen. Da das Flugzeug nur für 4 Personen bestimmt war, stürzte es infolge Ueberlastung bereits aus geringer Höhe ab. Die sechs Insassen trugen schwere Verletzungen davon.

Kleine politische Nachrichten.

Der Vizeminister des Innern, Dutkiewicz, ist infolge Meinungsverschiedenheiten mit dem Unterstaatssekretär Olpinski bei der Besetzung von Beamtenämtern von seinem Posten zurückgetreten.

Neue Zwischenfälle an der polnisch-litauischen Grenze. Von der litauisch-polnischen Grenze treffen weitere beunruhigende Nachrichten ein. Wie die polnischen Blätter behaupten, haben die Litauer in der Gegend von Scyrwinty drei Infanterieregimenter konzentriert. Die Soldaten dieser Regimenter haben Zivilkleider erhalten. Im übrigen organisieren die litauischen Freischärler weiterhin tägliche Grenzüberfälle. In der Nacht vom 24. auf den 25. Mai haben fünf größere bewaffnete Trupps versucht, die polnische Grenze von Sowjetrußland aus zu überschreiten, wurden jedoch von polnischen Grenzabteilungen auf das Gebiet Sowjetrußlands zurückgewiesen.

Polen übergibt der Moskauer Regierung das in Krakau aufgefundene Archiv Lenins. Wie aus Moskau berichtet wird, überreichte der polnische Gesandte in Moskau der Sowjetregierung das Archiv Lenins, das zu Kriegsbeginn in der früheren Wohnung Lenins in Krakau beschlagnahmt worden war und das bis nun die polnische Militärbehörden verwahrt hatten. Das Archiv enthält Handschriften zahlreicher Publikationen Lenins, namentlich: „Bekehrende Reden", „Fragen der Agrarpolitik und der jetzigen Regierung", „Russen und Neger" und andere Schriften.

Aus Japan. Das Kabinett beschloß nach Washington einen Protest wegen des Einwanderungsgesetzes zu richten, das die Japaner von der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten ausschließt.

Kiyoura teilte im Kabinett mit, daß er ausdrücklich den Minister Kato als künftigen Ministerpräsidenten empfehlen möchte, womit er sich mit seiner Niederlage abgefunden zu haben scheint.

Sport.

Radrennen im Helenenhof.

Am ersten Juni hat „Union“ mit einer Veranstaltung die Radrenn-Saison eröffnet.

Eröffnungsrennen.

1. Vorlauf: „Iko“, Grochowski, Gędziorowski.
2. „ Janocinski, Kwiecinski, O. Müller.
3. „ Stankiewicz, Schmidt, Bartodziejski.

Im Zwischenlauf, in dem die Zweiten und Dritten starteten, siegte Bartodziejski.

Im Hauptlauf siegte „Iko“. Zweiter wurde Stankiewicz, dritter Janocinski.

Im „Union-Klublauf“ siegten: O. Müller, P. Müller, „Ford“.

Im Klublauf der Warschauer Gäste siegten: „Iko“, Stankiewicz, Grochowski.

Im Prämienlauf siegten: Schmidt, Kagankiewicz, Deiter.

Im „Propagandalauf“, an dem Radfahrer, deren Vereine dem polnischen Radfahrerverband nicht angehören, teilnahmen, siegten:

1. Vorlauf: Patzer, Bernhardt, Traut.
2. „ Triebe, Köppler, Dobrowolski.
3. „ Abel, Ulrich, Rettich.

Im Hauptlauf ging Patzer als Sieger hervor.
Im Handicap I siegten: Patzer, Gebauer und Köppler.
Im Handicap II „ Stankiewicz, Janocinski, O. Müller.

Bei diesen Rennen ist zu erwähnen, daß die Warschauer Gäste eine Taktik einschlugen, die ihnen keine Ehre macht. Da sie stark vertreten waren, suchten sie durch ständiges Rammeln der Lodzer Radfahrer, diese in Schach zu halten. Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß die Lodzer, besonders die Brüder Müller, nicht zur Geltung kamen. Sehr schöne Leistungen bot Patzer (Aurora). In ihm dürfte der Lodzer Sport einen tüchtigen Radfahrer gewinnen.

Die drei Dauerläufe hinter Schrittmachermotoren waren eine Parodie auf den Sport. Das Verhalten der Motorenführer war ein Skandal. Nicht die Fahrer, sondern sie bestimmten willkürlich, wer als Sieger aus den Läufen hervorgehen soll. Den ersten Lauf über 20 km gewann Felix Burno („Union“) und zwar mit fast 2 Runden Vorsprung. Im zweiten Lauf sowie im Entscheidungslauf leisteten sich die Führer des Burno Stücke, die ihn im Entscheidungslauf zwangen, nach einigen Runden die Rennbahn zu verlassen. Der Führer des Burno, von diesen aufgefordert, schneller zu fahren, bastelte ständig an seinem Motor herum, ohne jedoch das Tempo zu beschleunigen. Zum Gaudium des Publikums sauste Burno vor, so daß der Motorenführer nur mit Mühe nachkommen konnte.

Bereits bei diesem Rennen konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Verhalten des Motorenführers ein abgekartetes Spiel der Warschauer war, ganz augenscheinlich wurde die Sache im Entscheidungslauf. Obwohl Burno einen anderen Führer erhalten hatte, wollte es doch nicht klappen. Dieser Führer war jedoch schlauer als sein Kollege. Von Zeit zu Zeit stellte er den Motor auf das schnellste Tempo ein, so daß Burno notgedrungen abfallen mußte. Der Führer wollte durch dieses skandalöse, ruckweise Einstellen des Motors dokumentieren, daß er wohl schneller fahren, aber Burno ihm nicht folgen könne.

Das Verhalten des Richterkollegiums war nicht einwandfrei. Man hätte unbedingt eingreifen und die Warschauer auf ihr ungehöriges Fahren aufmerksam machen müssen. Das Richterkollegium war sich nicht einig, ob es Mache oder nicht Mache der Warschauer sei. Das Publikum, geführt vom gesunden Instinkt, fällte über Richterkollegium wie über die Warschauer Teilnehmer durch Sympathiebezeugung für Burno ein Urteil, dem jeder Unvoreingenommene nur zustimmen konnte.

Fußballwettspiele.

Jutrzenka (Krakau) — Ł. K. S. 2:1
Sturm — Sokol 5:0
Kaniow — Pabianice 5:0
Concordia — Sparta 8:0
Elektrotechniker — Achduth 6:0
Sturm II — Sokol II 6:0.

Die Olympiade in Frankreich.

Tschechoslowakei — Schweiz 1:1 (1:0). X.

Aus aller Welt.

Fremde Arbeiter in Frankreich. Im Jahre 1923 wurden in Frankreich 297000 ausländischen Arbeitern Stellen vermittelt. Von ihnen waren 262000 zum erstenmal nach diesem Lande gekommen. Nach der Staatsangehörigkeit verteilen sie sich wie folgt: Italiener 112000, Polen 50000, Spanier 36000, Belgier 33000, Portugiesen 11000, andere 20000. In das Baugewerbe vermittelt wurden 40000 ausländische Einwanderer, in die Landwirtschaft 83000, in verschiedene Gewerbe 51000 und im Bergbau 35000 sowie als Tagelöhner 48000.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 12. Mai 1026100. Dies bedeutet eine Abnahme um 14560 gegen den 5. Mai und eine Abnahme um 259523 gegen den 31. Dezember 1923.

Eine adlige Sozialistin. Lady Mosley, die Tochter des ehemaligen englischen Ministers des Aeußern und Vizekönigs von Indien Lord Curzon, hat sich als Mitglied der Indeprendant Labour Party erklärt. Lady Cynthia Mosley ist die Gattin des jungen Labourabgeordneten Oswald Mosley.

Hakenkreuze in Palästina. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Haifa (Palästina) gemeldet wird, hat die von Direktor Sommerfeld geführte dänische Palästina-Expedition in Capernaum in der Ruine der Synagoge aus der Zeit Christi einen schönen Fries entdeckt, der als Bandmotiv vier Hakenkreuze aufweist. Das Hakenkreuz ist bekanntlich das Abzeichen der Antisemiten. Damit ist ein voller Beweis dafür gefunden, daß das Hakenkreuz kein arisches Symbol ist, zumal die anderen Friese, die in den Trümmern von Capernaum entdeckt wurden, Hexagramme, also Zionssterne tragen. Die Expedition photographierte beide Friese ab.

Daß die Judenfresser solch ein Pech haben müssen! Sogar ihr Heiligstes, ihr Abzeichen, ist jüdisch.

Ein schreckliches Verbrechen. Auf dem Geleise der Baltimore-Ohio-Bahn in Chicago, das mit den Straßengeleisen der Stadt verbunden ist, stand eine Lokomotive, deren Führer und Heizer abwesend waren. Ein bis jetzt unermitteltes Individuum benützte die Abwesenheit des Maschinisten, sprang auf die Maschine und setzte sie mit einer Geschwindigkeit von 50 Meilen die Stunde in Bewegung. Darauf sprang er ab und versteckte sich. Die Lokomotive lief ohne Führer in rasender Geschwindigkeit auf die Stadt zu. Bei der ersten Straßenkreuzung fuhr sie auf ein Autobus auf, der zermalmt wurde. Drei Personen wurden hierbei getötet und drei schwer verwundet. Die Bahnarbeiter, die bemerkten, daß die Lokomotive keinen Führer habe, beabsichtigten dieselbe zur Entgleisung zu bringen, kamen jedoch zu spät. Bei der nächsten Straßenkreuzung fuhr die Lokomotive auf ein Auto auf und tötete weitere sechs Personen. Schließlich vermochte ein Weichensteller das Ungetüm auf ein Reservegleis zu dirigieren, dessen Schienenende an einen Sandhaufen anstieß. Erst hier konnte die Maschine nicht weiter und stürzte in einen Graben.

Offizielle Kursnotierungen.

Devisen	30. Mai	3. Juni
	in Zloty	
Engl. Pfd.	22,48	22,35
Dollar	5,185	5,185
Schw. Frank.	91,50	91,26
Franz. Frank	27,525	26,25
Belg. Frank	23,35	22,85
Goldbons	—,70	—.70

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Lodzer Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Arbeitspartei Polens

Am Montag, den 16., 23., 30. Juni und 7. Juli, abends 7 Uhr, finden im Saale des Vereins deutschsprechender Meister und Arbeiter, Andrzeja 17

Große Berichterstattungsversammlungen

statt. Sprechen werden die Stadtverordneten: Reinhold Klim, Otto Graß, Ludwig Kuk, Oskar Seidler und Robert Filbrich

über die städtische Wirtschaft.

Deutsche Arbeitspartei Polens

Ortsgruppe Tomaschow.

Am 9. Juni l. J., nachmittags 2 Uhr, findet in Grinings Garten in Dąbrowa bei Tomaschow ein

Gartenfest

mit schönem Programm

statt. Für Speisen und Getränke ist gesorgt. Bei ungünstigem Wetter findet das Fest am 16. Juni statt. Parteimitglieder haben freien Eintritt.

Der Ortsvorstand.